Protokoll über die öffentliche Sitzung

des Gremiums: **Beirat Blumenthal**
am: **09.02.2015**
Ort: **in der Aula des Schulzentrums Eggestedter Straße, Eggestedter Str. 20, 28779 Bremen**

Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 21:58 Uhr

Sitzungsteilnehmer:

Ortsamtsleiter: Peter Nowack (Vorsitz)
Verwaltungsbeamter: Malte Wolpmann (Protokoll)

Beiratsmitglieder:

Dennis Klingenberg
Grete Klinkmüller
Gabriele Kröger-Schurr
Anke Krohne
Karen Nieschlag
Andreas Pfaff
Alex Schupp
Ralf Schwarz; ab 20:32 Uhr
Helma Stitz
Hans-Gerd Thormeier
Gisela Zimmermann

Es fehlten:

Heiner Böcker, entschuldigt
Nils Christahl, entschuldigt
Peter Geis, entschuldigt
Sascha Humpe, unentschuldigt
Eike Schurr, entschuldigt

Gäste
Karin Buß, Projektleiterin „Aufsuchende Altenarbeit“
Klaus Dunker, Stellvertretender Revierleiter Polizei-Blumenthal
Dr. Petra Kodré; Referat 31 bei der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen
Carola Schulz, Quartiersmanagerin Blumenthal

Tagesordnung:

1. *(19:00 Uhr)* Begrüßung und Eröffnung; Genehmigung der Tagesordnung

2. *(19:05 Uhr)* Genehmigung der Protokolle der öffentlichen Sitzung vom 19.01.2015 und der nicht-öffentlichen Sitzung vom 19.01.2015

3. *(19:10 Uhr)* Mitteilungen
   a. aus dem Ortsamt
   b. des Beiratssprechers

4. *(19:15 Uhr)* Wünsche und Anregungen aus dem Beirat

5. *(19:20 Uhr)* Bürger/Innen-Anträge; Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung
   a. Bürgerantrag: Lernen fürs Leben
   b. Bürgerantrag: Nicht-öffentliche Sitzungen
   c. Bürgerantrag: Bürgerbefragung- und Einbeziehung
   d. Bürgerantrag: Unterstützung von Stadtgrün durch Bürger
   e. Bürgerantrag: Einweihung der Historischen Achse; Öffnung Ausstellung des Fördervereins Kämmereimuseum
   f. Bürgerantrag: Klärung von Fragen zur Begründung des Petitionsausschusses zu einer Petition „Beschwerde über eine Aschedeponie und ein Kohlelager“

6. *(19:30 Uhr)* Beschlussfassung Globalmittel
   a. (4.000,00 €) „Festival der Vereine“ am 04. Juli 2015
   b. Beschlussfassung über die Antragsfristen für Globalmittel 2015 (2014: rd. 57.180 €)
   c. Beiratswahl am 10. Mai, daher welche Summe für neuen Beirat zurückhalten?
   d. Was ist mit „Vorratsbeschlüssen“ zur Bildungsbrücke (5000,00 €) und Jugendbeirat (12 v.H. oder rd. 7.000 €)?

7. *(19:35 Uhr)* Standardbericht Quartiersmanagement
   Dazu: Carola Schulz, Quartiersmanagerin
8. *(19:55 Uhr)* Situationsbericht „Aufsuchende Altenarbeit“
   Dazu: Karin Buß, Projektleiterin
9. *(20:15 Uhr)* Übergangswohnheim Kapitän-Dallmann-Straße
   Dazu: Horst Frehe, Staatsrat bei der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen
   Dr. Petra Kodré; Referat 31 bei der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen
10. *(21:30 Uhr)* Anfragen und Anträge der Parteien
    a. SPD: Antrag – Städtebauliche Sanierungsmaßnahmen im Blumenthaler Zentrum
       dazu: Bündnis90/Die Grünen: Änderungsantrag zum Antrag der SPD „Städtebauliche Sanierungsmaßnahmen im Blumenthaler Zentrum“
    b. CDU: Dringlichkeitsantrag – Geschlossene Unterbringung der minderjährigen, unbegleiteten Flüchtlinge, die die Chance der intensivpädagogischen Betreuung in der Rekumer Straße 12 nicht genutzt haben

11. *(21:35 Uhr)* Stellungnahmen:
    a. Veräußerung Baugebiet Sportplatz Turnerstraße / Hegeweg
    b. Anhörung Verkehrssituation Schule Pürschweg

12. *(21:40 Uhr)* Verschiedenes

TOP 1: Begrüßung und Eröffnung; Genehmigung der Tagesordnung
Herr Nowack begrüßt die Anwesenden sowie die Gäste und erklärt kurz die Regeln für die spätere Diskussion zum TOP „Übergangswohnheim“
Dann lässt er über die Tagesordnung abstimmen.
Ergebnis: 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.
Die Tagesordnung ist damit angenommen.

TOP 2: Genehmigung der Protokolle der öffentlichen Sitzung vom 19.01.2015 und der nicht-öffentlichen Sitzung vom 19.01.2015
Frau Kröger-Schurr bittet für die TOPs 5 und 6 um Einzelabstimmungen. Dazu gibt es keine Gegenstimmen
Über die Protokolle en bloc abgestimmt.
Ergebnis: 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen.
Die Protokolle sind damit genehmigt.

TOP 3: Mitteilungen

a. aus dem Ortsamt
b. des Beiratssprechers

3 a. Herr Nowack berichtet aus dem Ortsamt:
- Am 29. Januar war der Bürgerschaftsausschuss zur Bekämpfung und Prävention von Armut und sozialer Spaltung zu Besuch im Stadtteil.
    - Vielen Dank an Heike Binne, Carola Schulz und Petra Warnecke-Bies für ihre beeindruckenden Vorträge.

3 b. Kein Bericht des Beiratssprechers.

TOP 4: Wünsche und Anregungen aus dem Beirat

Herr Pfaff bittet um Einberufung des nichtständigen Ausschuss für Zentrumsentwicklung im März.

Herr Nowack erklärt, dass der 23.03. als Termin für Ausschüsse freigehalten sei.

TOP 5: Bürger/Innen-Anträge; Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung
a. Bürgerantrag: Lernen fürs Leben
b. Bürgerantrag: Nicht-öffentliche Sitzungen
c. Bürgerantrag: Bürgerbefragung- und Einbeziehung
d. Bürgerantrag: Unterstützung von Stadtgrün durch Bürger
e. Bürgerantrag: Einweihung der Historischen Achse; Öffnung Ausstellung des Fördervereins Kämmereimuseum
f. Bürgerantrag: Klärung von Fragen zur Begründung des Petitionsausschusses zu einer Petition „Beschwerde über eine Aschedeponie und ein Kohlelager“

<u>a. Bürgerantrag: Lernen fürs Leben:</u>
Beschlussvorschlag:
„Der Antrag wird abgelehnt, weil ein „Lernpflicht“ nicht gesetzlich festgelegt werden kann. Es müsste ja bei einem Verstoß gegen die Verpflichtung auch eine Sanktion verhängt werden. Wie sollte die aussehen.“
Ergebnis: 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen.
Zustimmung

<u>b. Bürgerantrag: Nicht-öffentliche Sitzungen:</u>
Beschlussvorschlag:
„Der Antrag wird zur Kenntnis genommen. Dazu wird dem Antragsteller erläutert, dass der Beirat Blumenthal in den letzten vier Jahren nur eine nicht-öffentliche Sitzung abgehalten hat. Die unregelmäßig stattfindenden nicht-öffentlichen Teile befassen sich in der Regel mit Entscheidungen zu Bauanträgen, die wegen des besonderen Datenschutzes für die Antragsteller einer besonderen Behandlung bedürfen.“

Ergebnis: 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.
Zustimmung

c. Bürgerantrag: Bürgerbefragung- und Einbeziehung:
Beschlussvorschlag:
„Der Antrag wird wie folgt beantwortet:
Die Bürgerbeteiligung hat in Blumenthal einen hohen Stellenwert. Alle wichtigen Themen werden im Rahmen öffentlicher Beiratssitzungen mit den Bürgerinnen und Bürgern des Stadtteils diskutiert. Zu diesen Sitzungen wird rechtzeitig öffentlich eingeladen und das Thema wird in der Regel bereits zum Ende der vorhergehenden Sitzung angekündigt. Alle Anträge von Parteien, Wählervereinigungen und Bürgern werden bereits unmittelbar nach dem Eingang auf der Homepage des Ortsamtes veröffentlicht. Dadurch können sich Interessierte gezielt vorbereiten.
In den Sitzungen kann sich jedermann einbringen und Anregungen und Kritik äußern.
Nach den Sitzungen werden die Ergebnisse der Debatten und – wann immer dem nichts entgegenspricht – auch die Antworten dazu ebenfalls veröffentlicht.
Blumenthal ist hier vorbildlich.
Auch die Tatsache, dass der Beirat bei Bedarf zu inhaltlichen Fragen Initiativen und Vereine mit beratender Stimme hinzuziehen kann, ist ein bedeutender Beweis für funktionierende Bürgerbeteiligung im Stadtteil.
Dass der Beirat auch von den Blumenthalerinnen und Blumenthalern als Ort für die Wahrnehmung ihrer Fragen wahrgenommen wird, beweisen rund hundert Bürgeranträge, die in der laufenden Legislaturperiode im Beirat diskutiert und zu großen Teilen vom Beirat angenommen und an die entsprechenden Instanzen weitergeleitet wurden.
Am Ende steht bei allen Fragen, die nach dem Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter der Beteiligung des Beirats und damit auch seine Stellungnahme unterliegen, eine Mehrheitsentscheidung des Beirats. Dies liegt im Wesen der parlamentarischen Demokratie und wird vom Beirat auch so begrüßt.“
Ergebnis: 9 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.
Zustimmung

d. Bürgerantrag: Unterstützung von Stadtgrün durch Bürger:
Beschlussvorschlag:
„Der Beirat ist immer dankbar für Anregungen und Mithilfe der Menschen im Stadtteil. Allerdings ist eine institutionalisierte Mitwirkung von Bürgern bei der Grünpflege aus rechtlichen Gründen nicht möglich. So scheitert die organisierte Grünpflege schon daran, dass die Menschen in diesem Fall nicht unfallversichert sind. Der Antrag wird daher abgelehnt.“

Herr Thormeier möchte wissen, ob der Antrag nicht an Stadtgrün weitergeleitet werden könne.
Herr Nowack erklärt, dass man sich bei Stadtgrün in der Frage rückversichert habe und eine institutionelle Mitarbeit von Bürgern bei Stadtgrün aufgrund des fehlenden Versicherungsschutzes nicht möglich sei.

Bürger A möchte wissen, wie es denn beim Sammeln von Müll sei, denn bei der Aktion „Bremen räumt auf“ werden die Bürger sogar aufgefordert mitzuhelfen.
Herr Nowack erläutert, dass es sich bei „Bremen räumt auf“ um eine Aktion der Stadt handeln würde, die nur einmal im Jahr stattfinden würde. Hier seien alle Beteiligten über die Haftpflicht der Stadtgemeinde versichert.

Herr Thormeier schlägt vor das „Abgelehnt“ durch „Kenntnisnahme“ zu ersetzen.

Beschlussfassung:
„Der Beirat nimmt den Antrag zur Kenntnis und ist immer dankbar für Anregungen und Mithilfe der Menschen im Stadtteil. Allerdings ist eine institutionalisierte Mitwirkung von Bürgern bei der Grünpflege aus rechtlichen Gründen nicht möglich. So scheitert die organisierte Grünpflege schon daran, dass die Menschen in diesem Fall nicht unfallversichert sind.“
Ergebnis: 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.
Zustimmung

e. Bürgerantrag: Einweihung der Historischen Achse; Öffnung Ausstellung des Fördervereins Kämmereimuseum:
Beschlussvorschlag:
„Der Beirat begrüßt die Initiative des Fördervereins Kämmereimuseum anlässlich der Einweihung der „historischen Achse“ die Ausstellungsräume zu öffnen und bittet das Ortsamt darum, im Verfahren Hilfestellung zu leisten. Allerdings muss der Förderverein als Veranstalter die baurechtliche Genehmigung eigenständig beim zuständigen Bauamt Bremen-Nord beantragen.“
Ergebnis: 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.
Zustimmung

f. Bürgerantrag: Klärung von Fragen zur Begründung des Petitionsausschusses zu einer Petition „Beschwerde über eine Aschedeponie und ein Kohlelager“:
Der Antrag wird im Koordinierungsausschuss vorbesprochen und im März erneut auf die Tagesordnung gesetzt.

Mündliche Anträge:

Bürger B möchte wissen wann er mit den Antworten des Beirats zu seinem Bürgerantrag zum Thema „Videoüberwachung“ vom letzten Juli rechnen könne.
Herr Wolpmann erklärt, dass am letzten Freitag auch die letzte Stellungnahme einer Fraktion im Ortsamt eingegangen sei. Im kommenden KO werden diese zu einer gemeinsamen Antwort des Beirats zusammengefasst. Über diese solle in der Märzsitzung beschlossen werden.

Bürger C erkundigt sich nach dem Fußweg Bürgermeister-Dehnkamp-Weg, da hier immer noch nichts gemacht worden sei.
Herr Nowack erklärt, dass man noch mal bei den Umweltbetrieben nachhaken werde.

Bürgerin D möchte gerne wissen, was im Stadtteil getan werde, damit sich bestimmte Bewohner an die „Spielregeln“ des Zusammenlebens halten würden. Stichwort: Müllentsorgung und Ruhezeiten.

TOP 6: Beschlussfassung Globalmittel

a. (4.000,00 €) „Festival der Vereine“ am 04. Juli 2015
b. Beschlussfassung über die Antragsfristen für Globalmittel 2015 (2014: rd. 57.180 €)
c. Beiratswahl am 10. Mai, daher welche Summe für neuen Beirat zurückhalten?
d. Was ist mit „Vorratsbeschlüssen“ zur Bildungsbrücke (5000,00 €) und Jugendbeirat (12 v.H. oder rd. 7.000 €)?

a. Beschlussvorschlag:
„Der Zuschuss für das „Festival der Vereine“ mit dem Antragsteller „Blumenthal aktiv e.V. für Beirat Blumenthal“ wird beschlossen.“
Ergebnis: 8 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen, 1 Enthaltungen.
Der Vorschlag ist damit angenommen.

b. Beschlussvorschlag:
„Die Antragsfrist für die Globalmittelvergabe 2015 wird auf Freitag, d. 10. April 2015 festgesetzt.“
Ergebnis: 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.
Der Vorschlag ist damit angenommen.

c. und d. Beschlussvorschlag:
„Von den zu erwartenden Globalmitteln (rd. 57.180,00 €) werden die per „Vorratsbeschluss“ festgelegten Beträge für den Jugendbeirat (6.800,00 €) und Bildungsbrücke (5.000,00 €) sowie der Zuschuss unter Punkt a. (4.000,00 €) abgezogen. Die verbleibende Summe von 41.380,00 € wird im Verhältnis 5:7 Monate des Jahres 2015 aufgeteilt. Damit entscheidet der Beirat in seiner Sitzung am 11. Mai 2015 über die Vergabe 17.241,00 €. Über die verbleibende Restsumme von 24.139,00 € wird dann in der Beiratssitzung am 13. Juli 2015 entschieden.“

Herr Thormeier erkundigt sich, ob die 5000 € für die Bildungsbrücke nicht an ein Spendenaufkommen geknüpft gewesen seien.

Herr Nowack erklärt, dass es einen Evaluationsbericht in der Aprilsitzung geben werde und dann entschieden werden könne, ob die Summe letztendlich beschlossen werde. Aktuell gehe es nur um die Aufteilung der Summen auf „alten“ und „neuen“ Beirat.
Ergebnis: 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen.
Der Vorschlag ist damit angenommen.

TOP 7: Standardbericht Quartiersmanagement

dazu: Carola Schulz, Quartiersmanagerin

Frau Schulz berichtet, dass sich der Quartierstreff in der Kapitän-Dahlmann-Straße in den letzten 6 Monaten etabliert habe und als Anlaufstelle, vor allem von Nachbarinnen, gut angenommen werde. Diese bräuchten häufig Hilfe beim Ausfüllen von Formularen oder dem Verständnis von Briefen von Ämtern oder Behörden.
Seit Oktober letzten Jahres würden nun auch Gruppenangebote in den Räumlichkeiten angeboten. So gebe es zweimal wöchentlich ein Treffen der Frauengruppe, Hausaufgabenhilfe, Kunst- und Kulturprojekte, ein Spieletreff und auch Nachhilfestunden für einzelne Schüler. Ab Ende Februar starte auch eine Eltern-Baby-Gruppe.
Frau Schulz spricht den Ausschuss zur Bekämpfung und Prävention von Armut und sozialer Spaltung an, der am 29.01. im Quartierstreff getagt habe und bedankt sich bei Frau Binne für die Unterstützung. In der Sitzung habe man schöne Vergleiche zwischen dem alten WiN-Gebiet in Lüssum-Bockhorn und dem neuen in Blumenthal ziehen können und aufzeigen können, was zukünftig möglich sei.
Abschließend weißt sie daraufhin, dass ab dem 01.09.15 eine zusätzliche Person für aufsuchende Elternarbeit im Stadtteil unterwegs sein werde. Hier ist eine enge Zusammenarbeit geplant.

Bürger E möchte wissen, wie es mit der Sprache aussehe. Gebe es viele Leute, die sich nicht auf Deutsch verständigen könnten? Und seien Sprachkurse geplant?
Frau Schulz erklärt, dass es erste Deutschkurse in der KITA Wasserturm gebe und auch weitere Spendengelder angezapft werden konnten. Die VHS-Nord solle im Stadtteil wieder aktiv werden. Sollte es zu Sprachbarrieren kommen, würden sich häufig Freiwillige melden oder die Personen würden selbst Übersetzer mitbringen.
Bürger E möchte wissen, wie es mit der Eröffnung eines Nachbarschaftscafé aussehe.
Frau Schulz erläutert, dass dies von Personen im Stadtteil angeschoben und selbst organisiert werden müsse. Sie stelle sehr gerne die Räumlichkeiten zur Verfügung.

TOP 8: Situationsbericht „Aufsuchende Altenarbeit“

dazu: Karin Buß, Projektleiterin

Der Vortrag von Frau Buß ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Frau Krohne fragt nach, wie Menschen, die weder in der Kirche noch im Paritätischen Bildungswerk vernetzt seien auf Frau Buß und ihre Angebote aufmerksam werden könnten.
Frau Buß erklärt, dass aktuell schon nicht ausschließlich Gemeindemitglieder auf den Veranstaltung zu Gast seien. Sie sei im Stadtteil schon sehr bekannt und versuche immer bekannter zu werden.

TOP 9: Übergangswohnheim Kapitän-Dahlmann-Straße

dazu: Dr. Petra Kodré: Referat 31 bei der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen

Der Vortrag von Frau Kodré ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Um 20:32 Uhr kommt Herr Schwarz hinzu. Von nun an sind 11 Beiratsmitglieder anwesend.

Herr Nowack eröffnet die Diskussion und weist noch einmal auf die zweiminütige Redezeit hin und bittet Fragen zum Thema zustellen und politische Äußerungen zu unterlassen.

Herr Schupp möchte von Frau Kodré wissen, ob sie jetzt schon eine Entscheidung des Beirats erwarte, denn der Beirat wolle sich noch 14 Tage Bedenkzeit nehmen und in der Sitzung am 26.02 abschließend entscheiden.
Frau Kodré erklärt, dass eine schnelle Entscheidung natürlich schön wäre, aber eine Entscheidung in zwei Wochen auch okay sei.

Frau Krohne möchte wissen, wie realistisch eine Umsetzung überhaupt sei, da ja noch kein Mietvertrag unterschrieben sei und man noch gar nicht wisse, ob der Eigentümer nicht stattdessen ein Pflegeheim aufmachen möchte.
Frau Kodré erläutert, dass sie das nicht sagen könne, da sie keinen Einfluss auf die Entscheidung des Eigentümers habe und auch nicht wisse für was er sich entscheiden werde.
Herr Thormeier fragt, ob die möglichen Alternativen im Stadtteil zur Kapitän-Dahlmann-Straße auch vorgestellt werden würden. Ferner möchte er wissen wie der Verteilungsschlüssel in Bremen bezüglich der Wohnungsanmietungen sei.
Frau Kodré erwidert, dass die Alternativen im Stadtteil nicht sofort aktiviert werden könnten und eher perspektivisch zu sehen seien. Als Beispiel führt sie die Reepschläger Straße an, dort sei die Schule noch in Betrieb. Über die stadtteilbezogene Wohnungsanmietung von Asylanten habe sie keine genauen Angaben, da viele Wohnungen über die GEWOBA vermietet werden, würden viele in die Vahr ziehen, da die GEWOBA dort ca. ein Drittel ihrer Wohnungsbestände habe.
Herr Schwarz findet die Antwort von Frau Kodré sehr unbefriedigend, den die Sozialbehörde müsse doch eigentlich einen Überblick darüber haben, wohin sie die Asylanten aus dem Übergangswohnheim hin vermittelt hätten bzw. in welchem Stadtteil sie eine Wohnung angemietet hätten. Aus seiner Sicht könne es nicht sein, dass die Behörde darüber keine Übersicht habe. Somit habe man keinen „Plan“ wo die Leute verbleiben. Bevor überhaupt ein Beschluss getroffen werde, möchte er einen genauen Verteilerschlüssel haben, wie viele Wohnungen in Blumenthal von Asylbewerbern angemietet worden seien. Außerdem möchte Herr Schwarz wissen, warum Frau Kodré nicht mittgeteilt habe, dass in der Sozial-Deputation bereits alle dort vorgestellten Pläne für Übergangswohnheime beschlossen worden wären. Außerdem hatte man gefordert, dass dem Beirat rechtzeitig genügend Informationen über das Wohnheim bekommen solle, diese würden noch nicht vorliegen und sollen noch nachgereicht werden.
Abschließend möchte Herr Schwarz wissen, warum die Aussage von Herrn Staatsrat Frehe von vor zwei Jahren (Blumenthal ist schon so belastet und solle kein Übergangswohnheim bekommen) jetzt nicht mehr zählen würde und Herr Frehe sich stattdessen ungefähr so äußern würde „Aktuell müssen man nehmen was man bekommt“. Des Weiteren fragt er nach, ob die flankierenden Maßnahmen, unter der Bedingung man das Gebäude vor zwei Jahren der Sozialbehörde angeboten hätte, noch geplant seien.
Frau Kodré antwortet, dass häufig privatrechtliche Mietverträge abgeschlossen werden würden, diese würden nicht der Steuerung der Behörde unterliegen. Die Deputation hat die Wohnheime schon beschlossen, damit die Mittelfreigabe geklärt sei und die Mietverträge schon vor der nächsten Sitzung unterschrieben werden könnten. Flankierende Maßnahmen sind in ihrem Budget leider nicht verankert, Übergangswohnheime seien aus den Erfahrungen jedoch keine Orte an denen Anarchie herrsche. Zu den anderen Aussagen könne sie nichts sagen.

Bürgerin F erklärt, dass in Lüssum-Bockhorn seit Beginn des Schuljahres je 6 Familien in leere Wohnungen der GEWOBA und der BBG gezogen seien. Trotzdem würde noch viel Leerstand im Ortsteil herrschen.
Bürgerin D merkt an, dass Frau Kodré in ihrer Präsentation mehrere Stadtteile nicht genannt habe als es darum ging, wo in Bremen Übergangswohnheime zu finden seien.
Herr Nowack erklärt, dass sie Ortsteile aufzählen würde, die zu Stadtteilen gehören würden, in denen es bereits Wohnheime gebe.
Bürger E merkt an, dass es für jedes Wohnheim eine Willkommens Initiative geben solle, dies wäre aber nicht der Fall. Außerdem würden in Grohn noch immer keine Deutschkurse angeboten
Bürgerin G versteht Herrn Schwarz so, dass er Asylanten als Belastung verstehe, für sie sei dies der erste Schritt zur Ausgrenzung und damit einer Verhinderung der Integration. Aufnahme von Flüchtlingen sei ein Grundrecht und sie fragt sich, ob man die Aufnahme von einer Beiratsentscheidung abhängig machen könne. Sie bittet daher den Beirat die Verzögerungstaktik der CDU zu verhindern.
Bürger H möchte wissen, ob noch andere Liegenschaften an der Weser in Modulbauweise geplant seien. Außerdem möchte er wissen wie die Behörde zum Thema Ghettobildung stehen würde, da das Wohnheim in unmittelbarer Nähe zur George-Albrecht-Straße entstehen würde. Wie lang soll das Gebäude angemietet werden? Wie hoch sind die Kosten zu Herstellung der Liegenschaft
Bürger I schlägt vor die Willkommensinitiative zu gegebener Zeit in den Beirat einzuladen.

Herr Thormeier möchte klarstellen, dass die CDU nichts gegen Flüchtlinge und deren Aufnahme habe. Stattdessen sei es sogar eine Bürgerpflicht Flüchtlinge aus Kriegsgebieten aufzunehmen. Es sei aber auch ein Recht des Beirats die Verteilung der Asylsuchenden zu erfragen.

Herr Schwarz ergänzt, dass er ebenfalls nichts gegen Flüchtlinge habe. Man müsse dennoch zwischen Kriegsflüchtlingen und Asylsuchenden aus sicheren Drittstaaten unterscheiden. Denn irgendwann könne es schwierig werden weitere Personen aufzunehmen, wenn alle Flüchtlinge ein Bleiberecht bekämen würden.

Frau Kodré erklärt, dass sie zu asylpolitischen Fragen nichts sagen könne. Asylanträge seien jedoch alle formal gleich, egal ob Kriegsflüchtling aus Syrien oder ein Flüchtling aus dem Kosovo. Sie sei nur für die Unterbringung zuständig. In einigen Stadtteilen sei es aufgrund vorhandener Freiflächen oder bestehender Gebäude einfacher Übergangswohnheime zu eröffnen. Die Ghettobildung sei bei Übergangswohnheimen eigentlich kein Problem, da die Personen nur ca. 6 Monate dort leben und dann in eigene Wohnungen ziehen. Bezüglich der Deutschkurse in Grohn werde sie nachfragen. Die Kurse seien jedoch keine Pflicht, Bremen biete Sie als zusätzliches Angebot an. Das Gebäude solle für 7,5 Jahre angemietet werden und ein Umbau wäre deutlich günstiger und würde schneller gehen, als ein Neubau mit Modulbauten.
Bürger J findet es traurig wie Flüchtlinge von Flüchtlingen getrennt werden würden. Es sei unsere Pflicht sie aufzunehmen.

Frau Krohne hat einen Antrag zu Geschäftsordnung: Sie ist dafür, dass Bürger K sprechen dürfe. Keine Einwände, damit ist der Antrag angenommen.

Bürger K ist der Meinung, dass wenn man guten Willen sei, die Flüchtlinge aufzunehmen, würde man jeden Platz nutzen der sich bietet.
Bürgerin L erklärt, dass es seit dieser Woche Deutschkurse im Übergangswohnheim in Grohn gebe.

Herr Schwarz möchte wissen, ob die Kosten für den Umbau die Stadt oder der Vermieter übernehme.
Herr Nowack erklärt, dass dies der Vermieter übernehmen würde, die Kosten jedoch in der Miete enthalten seien werde.

Bürger M erklärt, dass seiner Ansicht nach ein Kauf der Immobilie günstiger wäre als eine Miete und dem Umbau.
Herr Nowack erklärt, dass dies falsch sei. Außerdem würde die Bank nur gerne verkaufen wollen, der Eigentümer dagegen würde eine Vermietung präferieren.
Bürger N erläutert, dass in Blumenthal jedes zweite Kind bis sechs Jahre einen Migrationshintergrund habe. Er sei für eine Aufnahme, sehe den Standort jedoch kritisch. Durch die Nähe zum Alten Zentrum Blumenthals könnte dies die Versuche das Zentrum wieder zu beleben, behindern. Es solle stattdessen nach anderen Standorten gesucht werden.
Bürgerin G findet es zynisch, wirtschaftliche Interessen gegen Flüchtlinge abzuwiegen.
Bürgerin O spricht sich für eine Aufnahme aus, der Standort sei jedoch schon ein sozialer Brennpunkt und sie habe Angst, dass Nationalitäten aufeinanderprallen und es Probleme gebe. Man solle doch andere Standorte prüfen.
Bürger P spricht sich klar dagegen aus, dass die Flüchtlinge im Blumenthaler Zentrum untergebracht werden sollen.
Bürger B möchte wissen, ob Frau Kodré sich bei einer Ansiedlung des Flüchtlingsheims in der Kapitän-Dahlmann-Straße für eine Aufstockung der Mittel für das WiN-Quartier in Blumenthal einsetzten würde.

Frau Kodré erklärt, dass ein Kauf kurz im Gespräch gewesen sei, nun aber vom Tisch sei und sie leider nicht in der Position sei Mittel für WiN-Gebiete zu vergeben.

Bürger A fragt, ob die Möglichkeit bestehen würde Flüchtlinge wieder in Arbeitsleben zu integrieren.
Bürgerin Q möchte wissen, ob die Sozialindikatoren wieder neu geprüft werden würden.
Frau Kodré erläutert, dass die Indikatoren regelmäßig geprüft werden, die Flüchtlinge auf den gesamten Stadtteil jedoch nicht viel an den Werten verändern würden, da sie prozentual zu Gesamtbevölkerung nur einen kleinen Teil ausmachen würden.
Für die Integration sei Deutsch der erste Weg, dennoch würde es lange dauern, bis Flüchtlinge die Sprache so gut beherrschen, dass sie damit auf dem Arbeitsmarkt bestehen könnten. Generell sei das Thema Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt sehr komplex.

TOP 10: Anfragen und Anträge der Parteien

a. **SPD: Antrag – Städtebauliche Sanierungsmaßnahmen im Blumenthaler Zentrum**
   dazu: Bündnis90/Die Grünen: Änderungsantrag zum Antrag der SPD
b. **CDU: Dringlichkeitsantrag – Geschlossene Unterbringung der minderjährigen, unbegleiteten Flüchtlinge, die die Chance der intensivpädagogischen Betreuung in der Rekumer Straße 12 nicht genutzt haben**
   Dazu: Bündnis90/Die Grünen: Änderungsantrag zum Antrag der CDU

a. SPD: Antrag – Städtebauliche Sanierungsmaßnahmen im Blumenthaler Zentrum
Herr Schupp erklärt, dass die SPD-Fraktion den Änderungsantrag der Grünen nicht für zielführend halte. Wie der Haushaltsgesetzgeber die Finanzmittel zusammenstellt und organisiert, sei nicht Sache des Beirats. Stattdessen sei es wichtig, dass die Mittel im Haushalt für genau den Zweck festgelegt würden und nicht für etwas anders verwendet werden dürften.
Frau Kröger-Schurr erwidert, dass EFRE-Mittel auch schon im BWK-Gelände verwendet werden würden.
Frau Krohne hätte sich gewünscht, dass der Antrag verständlicher formuliert sei.
Herr Thormeier spricht Herrn Imholze, der im Publikum sitzt an, und bittet ihm um eine fachliche Meinung.
Herr Imholze erklärt, dass dies aus dem Stegreif nicht so einfach sei, verspricht aber sich für den 26.02 für das Thema vorzubereiten.

Über eine Vertagung auf den 26.02.2015 wird abgestimmt.
Ergebnis: 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen.
Der Antrag wird somit auf den 26.02.2015 vertagt.

b. CDU: Dringlichkeitsantrag – Geschlossene Unterbringung der minderjährigen, unbegleiteten Flüchtlinge, die die Chance der intensivpädagogischen Betreuung in der Rekumer Straße 12 nicht genutzt haben

Über die Dringlichkeit des Antrags wird ohne weitere Aussprache abgestimmt.
Ergebnis: 4 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.
Die Dringlichkeit ist damit nicht angenommen. Der Antrag wird in der Beiratssitzung am 09.03.2015 erneut aufgerufen.

TOP 11: Stellungnahmen

a. Veräußerung Baugebiet Sportplatz Turnerstraße / Hegeweg
b. Anhörung Verkehrssituation Schule Pürschweg

a. Veräußerung Baugebiet Sportplatz Turnerstraße / Hegeweg:
Über die Stellungahme wird ohne weitere Aussprach abgestimmt.
Ergebnis: 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.
Die Stellungnahme ist damit angenommen.

b. Anhörung Verkehrssituation Schule Pürschweg:
Über die Stellungahme wird ohne weitere Aussprach abgestimmt.
Ergebnis: 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.
Die Stellungnahme ist damit angenommen.

TOP 12: Verschiedenes
Herr Nowack gibt folgende Termine bekannt:

24.02.2015 – 16.00 Uhr	Stadtteilgruppe Lüssum in Haus der Zukunft, Lüssumer Heide
24.02.2015 – 19.00 Uhr	Vorstellung der Studie zum „Freizeit- und Naherholungskonzept für den Bremer Norden“ durch Heintze und Partner im Gustav-Heinemann-Bürgerhaus

26.02.2015 – 18.30 Uhr	öffentliche Beiratssitzung im SZ Eggestedter Straße mit dem Thema „Verkehrsgutachten Blumenthal“
05.03.2015 – 18.30 Uhr	Sportdialog beim Kreissportbund Bremen-Nord e.V. am Bockhorner Weg
09.03.2015 – 19.00 Uhr	öffentliche Beiratssitzung im SZ Eggestedter Straße mit einem noch offenen Thema

Herr Nowack schließt die Sitzung um 21:58 Uhr.

gez. Nowack	gez. Schupp/Schwarz	gez. Wolpmann
Vorsitzender	Beirat (Herr Schupp) (Herr Schwarz)	Protokoll

Anlagen:

Präsentation „Aufsuchende Altenarbeit“ von Frau Buß
Präsentation „Übergangswohnheim Kapitän-Dahlmann-Straße“ von Frau Kodré

Aufsuchende Altenarbeit

Hausbesuche in Blumenthal

Beratung und Information – Unterstützung und Vermittlung – Hilfe und Begleitung

Bremische Evangelische Kirche

Projektstelle

Aufsuchende Altenarbeit Blumenthal

Mai 2011 bis April 2016

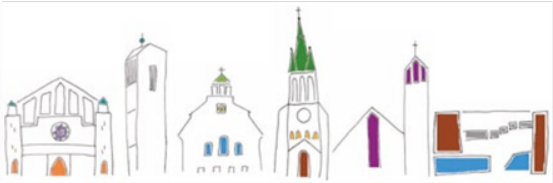
Kooperation von sechs Kirchengemeinden in Bremen-Blumenthal

Bremische Evangelische Kirche

Aufsuchende Altenarbeit

Hausbesuche in Blumenthal

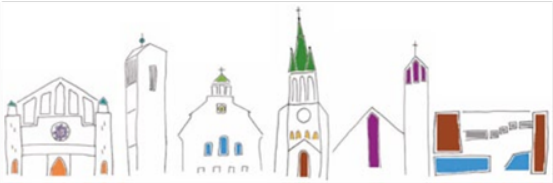
Beratung und Information – Unterstützung und Vermittlung – Hilfe und Begleitung



Warum Aufsuchende Altenarbeit in Blumenthal?

Bremische Evangelische Kirche

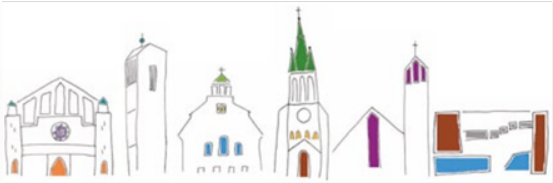
- **Bedarf in der Unterstützung und der Beratung für ältere Menschen durch den Wegfall der Gemeindeschwestern**
- **viele Ältere leben allein**
- **familiäre Versorgungsstrukturen sind oft nicht vorhanden**
- **Unkenntnis über das bestehende Hilfesystem**
- **Berührungsängste gegenüber Behörden**
- **mangelnde Finanzierungmöglichkeiten**
- **Verlust der Mobilität**



Rahmenbedingungen

Bremische Evangelische Kirche

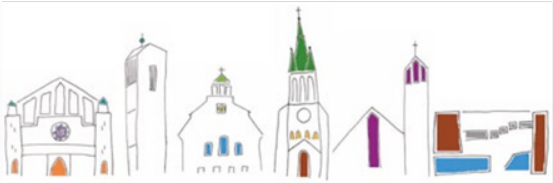
- **29 Wochenstunden Aufsuchende Altenarbeit**
- **Zeitraum 01.05.2011 zum 30.04.2016**
- **plus 9,5 Std. pro Woche von der Stadt Bremen für das Projekt „Teilhabe für Menschen mit Demenz“**
- **Mittel aus dem Innovationsfonds für Strukturverbesserung**
- **Zeitraum 01.09.2011 zum 31.08.2014**
- **Büro im Ortsteil Blumenthal im Gemeindezentrum der Martin-Luther-Gemeinde in der Wigmodistraße**



Aufgabenbereich

Bremische Evangelische Kirche

- Hausbesuche bei älteren Menschen
- Beratung und Information
- Vermittlung konkreter Unterstützung
- Hilfe und Begleitung
- Besuchsdienste



Einsatz Seniorenscoutin

Bremische Evangelische Kirche

Seite 2 31.12.2014 BREMEN-NORD DAS BLV

Alte und Kranke hoffen auf Nachfolge

Stelle der Seniorenscoutin Malgorzata Wollnik läuft zum Jahresende aus

Von Regina Drieling

Blumenthal – In Blumenthal leben über 30 000 Menschen, von denen über 5000 zwischen 65 und 80 Jahre alt sind. Über 1700 sollen sogar älter sein als 80 Jahre. (Stand Ende 2011).

Um insbesondere diesen Menschen Unterstützung und einen Ansprechpartner zu schaffen, wurde ein Bürgerarbeitsplatz für eine Seniorenscoutin eingerichtet, der an die „Aufsuchende Altenarbeit Blumenthal" von der Martin-Luther-Gemeinde Bremen-Blumenthal angegliedert ist.

Finanziert wurde die befristete, sozialversicherungspflichtige 30-Stunden-Stelle zweieinhalb Jahre lang über ESF-Mittel in Höhe von 900 Euro monatlich.

Diese Zeit ist nun um und Malgorzata Wollnik blickt auf eine ereignisreiche Zeit zurück. Nicht immer einfach sei es gewesen, erinnert sich die scheidende Seniorenscoutin. Zwei von ihr betreute Frauen und ein Mann sind während der Zeit verstorben. Und viele unter anderem demenzkranke Senioren hätten ihr bei ihren regelmäßigen Besuchen immer und immer wieder dieselben Geschichten erzählt. Meistens hätten die von Früher gehandelt. Für eine 94-jährige Frau sei sie die einzige gewesen, die die Seniorin überhaupt besucht hätte. Und so manchen Schicksalsschlag hat die Blumenthaler miterlebt oder selber einstecken müssen. So hat sie beispielsweise jene Seniorin betreut, die vor zweieinhalb Jahren von einem damals 15-Jährigen in ihrer Wohnung überfallen und fast getötet wurde.

„Aber ich bin immer gerne zur Arbeit gegangen und habe mich mit allen gut verstanden", resümiert Malgorzata Wollnik. Zwei ihrer Schützlinge wird sie auch künftig besuchen und ehrenamtlich betreuen. Zudem blickt die Blumenthalerin positiv in die Zukunft. Ab 1. Januar hat sie eine 30-Stunden-Stelle bei der Bremer Heimstiftung – auf dem ersten Arbeitsmarkt. Auf die Herausforderung als Mitarbeiterin einer Wohnküche für Demenzkranke in Blumenthal freut sie sich sehr.

„Sie war sehr beliebt bei den älteren Menschen", sagt Karin Buß von der Aufsuchenden Altenarbeit. Sie bedauert es sehr, dass Malgorzata Wollniks Vertrag auslässt. „Das, was Frau Wollnik geleistet hat, war Bürgerarbeit", sagt Karin Buß. Sie hoffe, dass die Stelle wieder besetzt werden kann.

Zweieinhalb Jahre lang hat sich Malgorzata Wollnik als Seniorenscoutin um ältere, kranke und einsame Menschen gekümmert. Mit Elisabeth Röver, die auf den Rollstuhl angewiesen ist, hat sie sich besonders gut verstanden. FOTO: KOM

Ein Höhepunkt im Alltag

13.4.2014

Malgorzata Wollnik besucht Blumenthaler Senioren, die kaum noch unter Leute kommen

Von Sonja Niemann

Wenn Malgorzata Wollnik an die Tür klopft und Zeit zum Reden mitbringt, ist das für mehr als 20 Senioren in Blumenthal oft ein Höhepunkt im Alltag. Doch damit könnte Ende des Jahres Schluss sein.

Blumenthal Dass Elisabeth Wossilus nicht mehr topfit ist, merken Gesprächspartner erst auf den zweiten Blick. Krebs und Herzinfarkt hat die 89-Jährige bereits hinter sich. Die Lebensfreude hat sich Elisabeth Wossilus davon nicht rauben lassen, leidtern ihr Darm. Probleme macht und Kraft raubt, kommt die Seniorin aber nur noch selten unter Leute. „Ich freue mich jede Woche auf Frau Wollniks Besuch", sagt die Blumenthalerin. Wenn sie mit jemand wegnehmen will, bring ich ihn um", fügt sie lachend hinzu. Eine bis zwei Stunden reden die beiden Frauen sei ihren Treffen über Gott und die Welt. „Am liebsten schimpfen wir über Politiker", sagt Elisabeth Wossilus. Ihre Tochter Silke, bei der sie lebt, nutzt die Zeit, um Erledigungen zu machen oder zum Sport zu gehen. „Und ich bin froh, dass meine Mutter auch mal Kontakt zu anderen Leuten hat."

Mit den Besuchen bei älteren Menschen könnte aber Ende des Jahres Schluss sein. „Das Modellprojekt Bürgerarbeitsplatz läuft dann politisch gewollt aus", sagt Bernd Krüger, Geschäftsführer des Förderwerks Bremen, das Träger der „Seniorenscout"-Stelle in Blumenthal ist. Wie es für Malgorzata Wollnik und andere Betroffene dann weitergeht, kann auch er nicht sagen.

Karin Buß, die über die Bremische Evangelische Kirche in Blumenthal „Aufsuchende Altenarbeit" leistet, will auf die Unterstützung der Seniorenscoutin nicht mehr verzichten. „Allein würde ich es nicht schaffen", ist sie überzeugt. Zwar ist auch sie regelmäßig bei älteren Menschen zu Gast. Dann geht es aber meist um Fachberatungen, Hilfe beim Beantragen einer Pflegestufe oder eines Behindertenausweises.

Die Zeit für Anekdoten, einen Schwatz oder ganze Lebensgeschichten ist oft zu knapp. „Das, was sie macht, kann ich nicht leisten", sagt Karin Buß mit Blick auf ihre Kollegin. Dass die Besuche von Malgorzata Wollnik für die Senioren kostenlos sind, ist laut Buß wichtig. Für die Besuche bezahlen könnten die Senioren entweder aus finanziellen Gründen nicht – oder sie würden es nicht wollen. „Im Zweifel sparen alte Leute dann eher für die Enkel", weiß sie aus Erfahrung. Dabei gehe es bei der „Aufsuchenden Altenarbeit" um mehr als nur gemeinsames Kaffeetrinken. „Wir sind da, damit ältere Leute ein Hilfesystem etablieren und möglichst lange zu Hause zurecht kommen können", sagt sie.

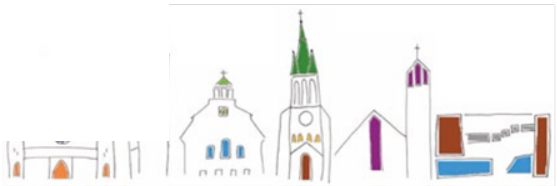
Inwieweit die Bremische Evangelische Kirche ihr Engagement im Stadtteil vielleicht ausweitet, vermag deren Sprecherin Sabine Hatscher zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu sagen. „Wir sind mitten in Gesprächen, wie wir die Arbeit mit älteren Menschen, die der Bremischen Evangelischen Kirche sehr wichtig ist, langfristig aufstellen werden", sagt sie auf Nachfrage.

Malgorzata Wollnik (l.) besucht mehr als 20 Senioren in Blumenthal regelmäßig. Eine von ihnen ist Elisabeth Wossilus, die wegen einer Darmerkrankung viel zu Hause ist. Foto: Niemann

Aufsuchende Altenarbeit

Hausbesuche in Blumenthal

Beratung und Information – Unterstützung und Vermittlung – Hilfe und Begleitung

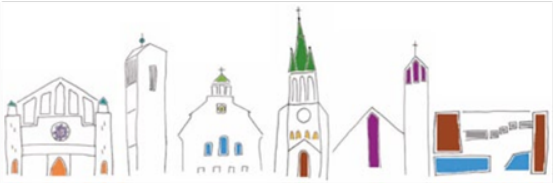


Anzahl Hausbesuche von 2011 - 2014

Bremische Evangelische Kirche

Aufsuchende Altenarbeit /Hausbesuche Blumenthal	
Zeitraum	Anzahl HB
01.05.2011 - 31.12.2011	56
01.01.2012 - 31.12.2012	159
01.01.2013 - 30.12.2013	260
01.01.2014 - 31.12.2014	342
Gesamt	817

Aufsuchende Altenarbeit
Hausbesuche in Blumenthal
Beratung und Information – Unterstützung und Vermittlung – Hilfe und Begleitung



Hausbesuche

Themen nach Häufigkeit sortiert

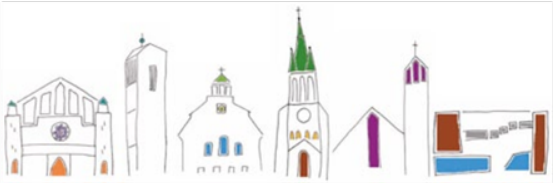
Bremische Evangelische Kirche

- Soziale Kontakte/Gespräche
- Pflegestufe/Demenz
- Haushaltshilfe/Nachbarschaftshilfe
- Rente/Wohngeld/Grundsicherung/GEZ
- Patientenverfügung, Vorsorgevollmachten, Betreuungsverfügung
- Begleitung außer Haus
- Schwerbehinderung/Blindengeld
- Depression/psych. Erkrankung
- Hausnotruf
- Wohnen im Alter

Veranstaltungen

Bremische Evangelische Kirche

- **Veranstaltungen für die Seniorenkreise der Kirchengemeinden**
- **„Blumenthaler Frühstücksrunde“ in Kooperation mit der Leitung der Begegnungsstätte**
- **Themen z.B. Hausnotruf, „Enkeltrick“, Pflegebedürftigkeit oder Hilfen im Haushalt**

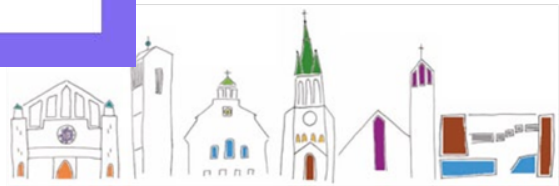


Bremische Evangelische Kirche

Aufsuchende Altenarbeit

Hausbesuche in Blumenthal

Beratung und Information – Unterstützung und Vermittlung – Hilfe und Begleitung



Themenwoche Demenz 2012, 2013 und 2014

Bremische Evangelische Kirche

Aufsuchende Altenarbeit

Hausbesuche in Blumenthal

Beratung und Information – Unterstützung und Vermittlung – Hilfe und Begleitung

Ev.-luth. Martin-Luther-Gemeinde Bremen-Blumenthal · Ev.-ref. Kirchengemeinde Blumenthal · Ev.-luth. Kirchengemeinde Bockhorn
Ev.-luth. Paul-Gerhardt-Gemeinde Rönnebeck-Farge · Ev.-ref. Kirchengemeinde Rönnebeck-Farge · Ev.-luth. Kirchengemeinde Lüssum

demenz.lokal in Blumenthal

Bremische Evangelische Kirche

Bundesmodellprojekt ausgeschrieben vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

„Lokale Allianzen für Menschen mit Demenz“

Förderzeitraum September 2013 – August 2015

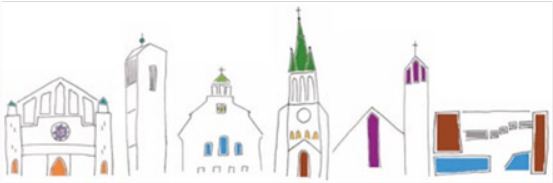
Fördersumme für Blumenthal gesamt: 10.000 EUR

Aufsuchende Altenarbeit
Hausbesuche in Blumenthal
Beratung und Information – Unterstützung und Vermittlung – Hilfe und Begleitung

demenz.lokal in Blumenthal

Bremische Evangelische Kirche

- **Mitbürger/innen im Stadtteil für das Thema zu sensibilisieren**
- **Menschen mit und ohne Demenz zusammen zu bringen**
- **Ein Grundverständnis und ein positives Gefühl für die Welt der Menschen mit Demenz zu schaffen**
- **Die Lebensbedingungen älterer und demenzkranker Menschen in unserem Quartier zu verbessern**
- **Interessierte Bürger/innen werden „Demenzpaten“**



demenz.lokal in Blumenthal

Bremische Evangelische Kirche

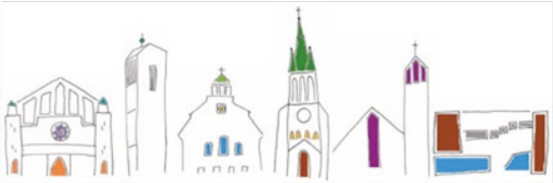
2. Treffen der Demenzpaten:

Donnerstag, 12. März 2015 16.30-18 Uhr

Begegnungsstätte der Martin-Luther-Gemeinde Blumenthal in der Wigmodistraße 33

„Eine demenzfreundliche Gesellschaft ist möglich. Es gilt, gemeinsam zu handeln und keine Zeit zu verlieren.“

Aufsuchende Altenarbeit
Hausbesuche in Blumenthal
Beratung und Information – Unterstützung und Vermittlung – Hilfe und Begleitung



Aufsuchende Altenarbeit
Hausbesuche mit Freiwilligen

Bremische Evangelische Kirche

- **Blumenthal 4. Standort**
- **Freiwilligenkoordinatorin**
- **Beteiligung unterschiedlicher Träger**
- **Ältere Menschen werden regelmäßig besucht von Freiwilligen**

Bremische Evangelische Kirche

Danke für die Aufmerksamkeit

Noch Fragen?

Unterbringung von AsylbewerberInnen und Flüchtlingen in Bremen

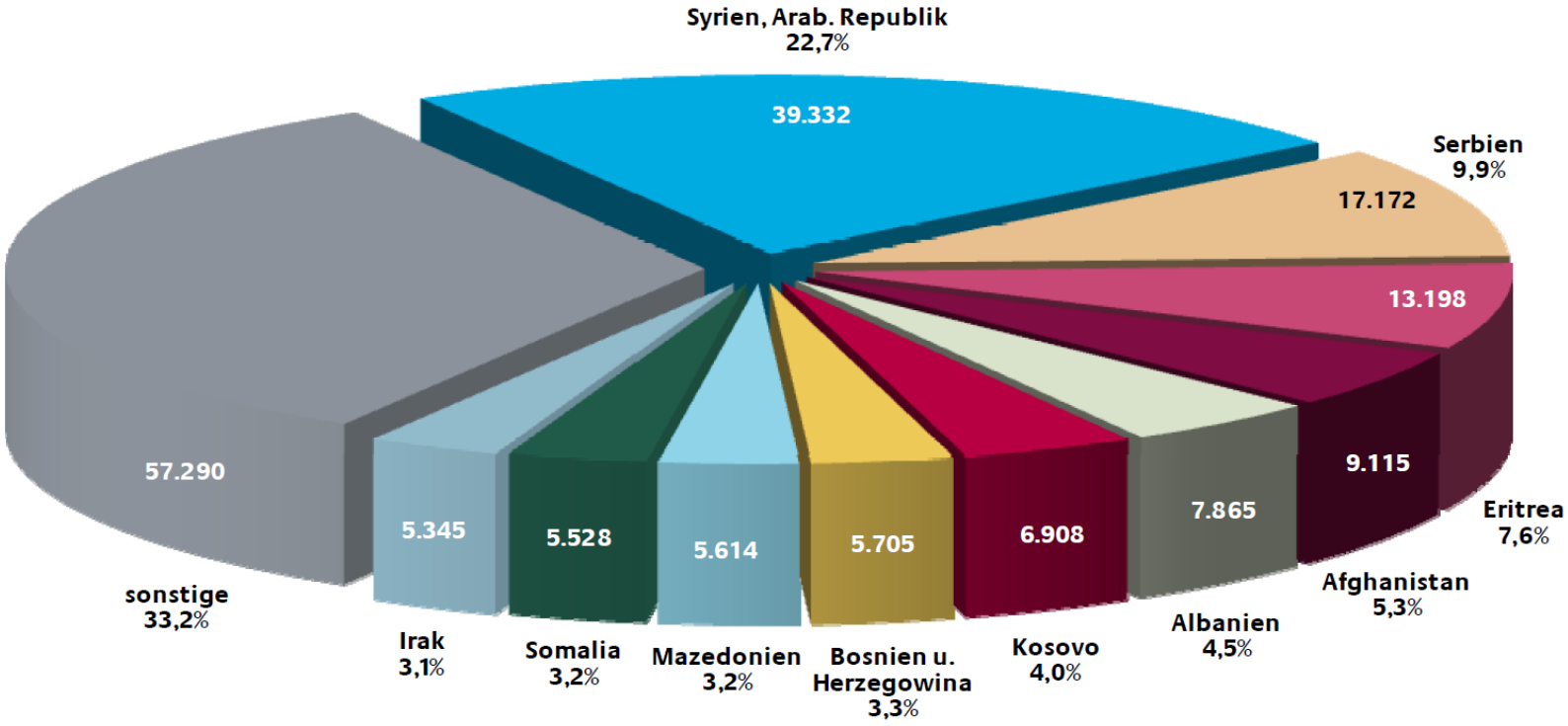
Beiratssitzung Blumenthal am 09.02.2015

Die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen

Freie Hansestadt Bremen

Woher kommen die Menschen?

Hauptherkunftsländer im Jahr 2014



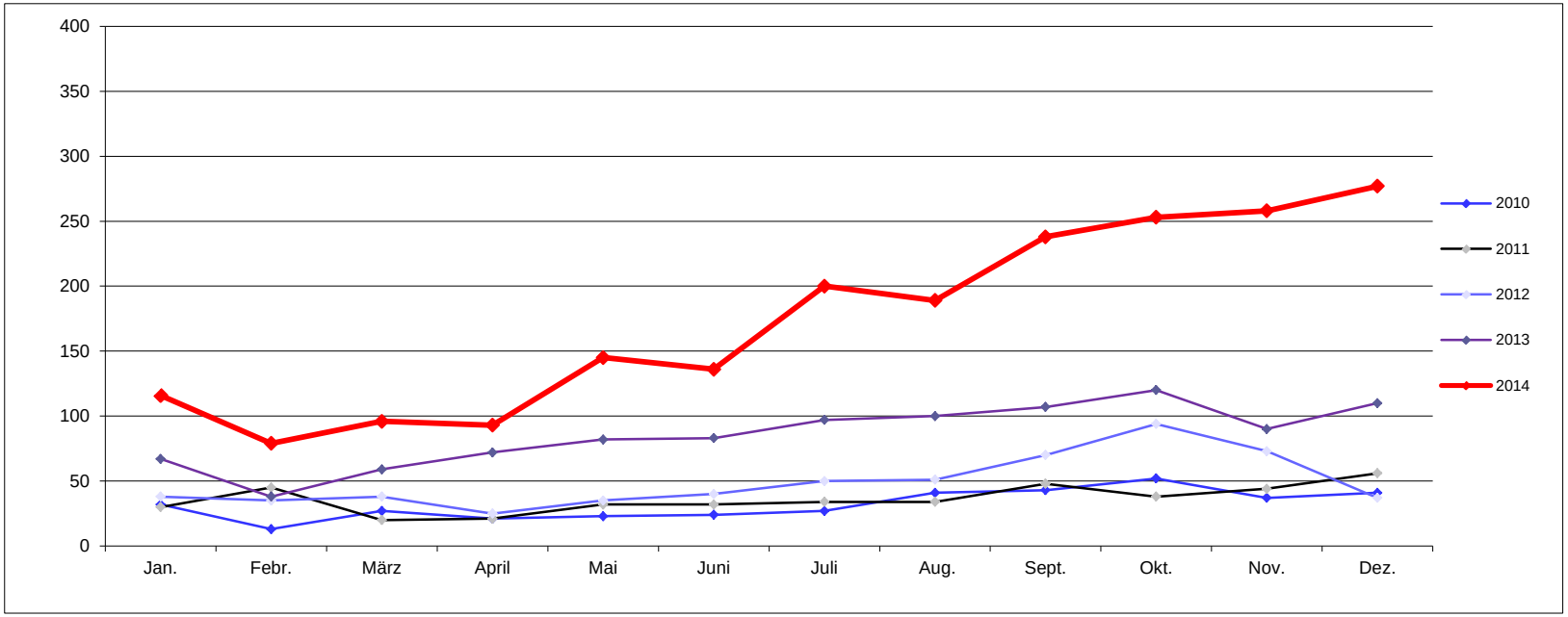
Quelle: BAMF: Aktuelle Zahlen zu Asyl – **Tabellen Diagramme Erläuterungen**

Verteilung in Deutschland

- Verteilung erfolgt nach **Königsteiner Schlüssel**.
- Bremen nimmt **0,96 Prozent** aller Flüchtlinge auf.
- Aufteilung nach Landesaufnahmegesetz:
  Bremen: 80%
  Bremerhaven: 20%

Asylbewerber/innen in Bremen

Bundesweite Zuweisung nach dem EASY Verwaltungsverfahren, soweit in der EAE aufgenommen



Gesamtaufnahme nach EASY: **2.233 Personen im Jahr 2014**

Prognose nach EASY: **3.000 Personen im Jahr 2015**

Integration mit Wohnung hat Vorrang

- Vorrang hat in Bremen die Unterbringung in **Wohnungen (Mietverträge)**. Es gibt in allen Übergangswohnheimen **Wohnberater/innen**. Wichtig ist die Kooperation mit der Gewoba.

- **Vermittlung in Wohnungen** wurden deutlich gesteigert:
  2012: 263 Vermittlungen
  2013: 418 Vermittlungen
  2014: 966 Vermittlungen

- **Projekt „Ambulante Betreuung“** ab Februar 2015

Wohnheime sind trotzdem notwendig

Neue Einrichtungen wurden geschaffen:

■ Schwachhausen	50 Plätze
■ Mitte	150 Plätze
■ Neue Vahr	90 Plätze
■ Gröpelingen	95 Plätze
■ Osterholz	190 Plätze
■ Hemelingen	120 Plätze
■ Walle/Übersee	120 Plätze
■ Vegesack	100 Plätze
■ Huchting	70 Plätze
Gesamt	**965 Plätze**

Standorte dringend benötigt

- Trotz vieler Vermittlung in Wohnungen und der Schaffung neuer Übergangswohnheime brauchen wir in diesem Jahr **rund 1.500 weitere Plätze!**

- Die Behörde sucht dazu geeignete Gebäude und Grundstücke in der gesamten Stadt Bremen.

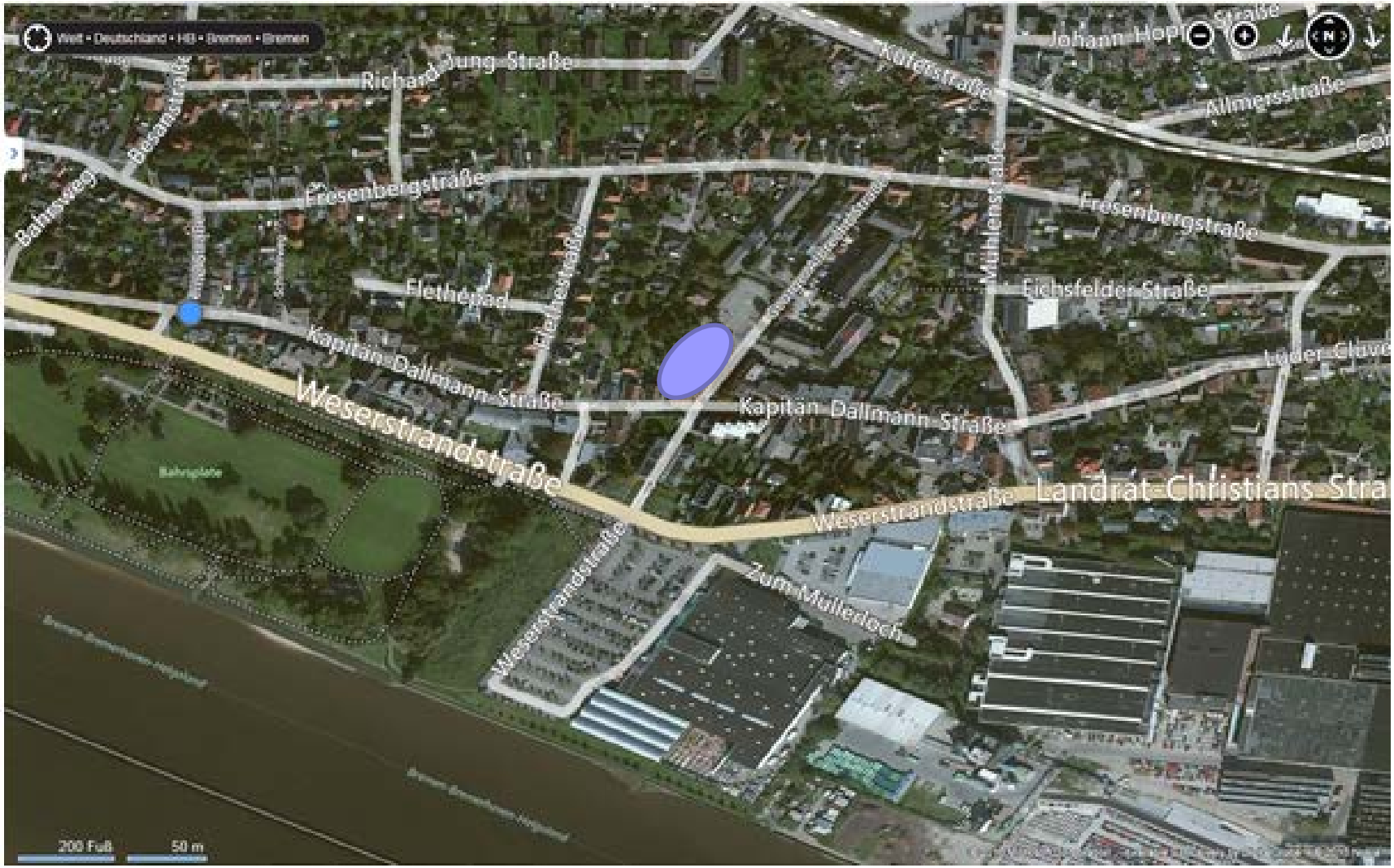
- **Verfahren**: Vorprüfung von Standorten, dann Kontakt mit Ortsamtsleiter/innen und Beiratssprecher/innen, dann Koordinierungsausschuss und Beiratsbefassung

Weitere Wohnheime sind in der Planung

- Findorff 100 Plätze
- Huchting 100 Plätze
- Schwachhausen 70 Plätze
- Neustadt 200 Plätze
- Mitte 240 Plätze
- Blumenthal 120 Plätze

- Kattenturm 160 Plätze in einer neuen Erstaufnahme

Standort Blumenthal Kap. Dallmann Str.



Standort Blumenthal Kap. Dallmann Str.

- Übergangswohnheim mit Apartments
- Küchenzeile und Sanitäreinrichtung pro Einheit
- 120 Plätze
- Gemeinschaftsräume
- Guter Verkehrsanbindung und Infrastruktur
- Ggf. Raum zur übergreifenden Nutzung im Erdgeschoss

Soziale Faktoren

- Betreuung durch pädagogisches Fachpersonal eines Wohlfahrtsverbands
- Ärztliche Sprechstunde durch Gesundheitsamt
- Ggf. Kinderbetreuungsangebote im ÜWH / in Kooperation mit Angeboten im Stadtteil
- Sprachkurse über die VHS
- Wohnraumberatung
- Ambulante Unterstützung in der eigenen Wohnung bei Bedarf

Weitere Vorgehensweise

- Beratung im Beirat und Bitte um Zustimmung zum Standort
- Befassung der des Haushalts- und Finanzausschusses
- Abschluss des Mietvertrags
- Umbau
- Fertigstellung zum August 2015
- Alternativ: Prüfung anderer Standorte in Blumenthal